

Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Johannes Huber, Jörn König, Andreas Mrosek, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Detlev Spangenberg, René Springer und der Fraktion der AfD

Planungsbeschleunigung – Ausbau von Gigabit-Netzen vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den coronabedingten Lockdown in Deutschland hat sich gezeigt, dass die Digitalisierung und der Ausbau von Gigabit-Netzen wichtiger denn je sind. Durch die Corona-Maßnahmen sind Unternehmen, Behörden und Privathaushalte zum Beispiel für Telearbeit, für die Verfolgung von Infektionsketten oder für Homeschooling auf Hochleistungsnetze angewiesen. Nur wenn Deutschland diese Hochleistungsnetze ausbaut, kann die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erfolgreich sein. In Deutschland gibt es derzeit etwas über 4,7 Millionen verfügbare FTTB/H-Glasfaseranschlüsse (FTTB – Fibre to the Building bzw. FTTH – Fibre to the home), von denen stabil etwas mehr als ein Drittel auch von Endkunden genutzt werden können. Dies entspricht etwa 11 Prozent der deutschen Haushalte (www.vatm.de/wp-content/uploads/2020/04/VATM_Gigabit-Studie_290420_.pdf).

Damit hinkt Deutschland beim Ausbau seines Gigabit-Netzes im internationalen Vergleich deutlich hinterher. Deutschland ist beim Glasfaserausbau mit 4,1 Prozent Anteil an Breitbandanschlüssen weiterhin am Ende der OECD-Statistik zu finden (Platz 34 des Länderrankings). Länder wie Litauen (75 Prozent), Schweden (71 Prozent) oder Lettland (69 Prozent) und versorgen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung mit Glasfaseranschlüssen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/415799/umfrage/anteil-von-glasfaseranschluesen-an-allen-breitbandanschluesen-in-oecd-staaten/>).

Die Bundesregierung hat sich daher in der gegenwärtigen Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, flächendeckende Gigabit-Netze in Deutschland zu schaffen. Dieses Unterfangen soll in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen durchgeführt werden (www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandfoerderung/breitbandfoerderung.html). An anderer Stelle erklärt die Bundesregierung, dass der Ausbau von flächendeckender gigabitfähiger Infrastruktur bis 2025 als Ziel definiert sei (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digital-made-in-de/glasfaserausbau-und-fortentwicklung-der-staatlichen-foerderung-1546612). Um dieses Ziel umzusetzen, hat die Bundesregierung ein Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau ins Leben gerufen, das gegenwärtig mit 11 Milliarden Euro ausgestattet ist. Das Bundeskabinett beschloss dafür bereits im Oktober 2015 die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland. Am 03.07.2018 stellte das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Relaunch des Förderprogramms vor. Das übergeordnete Ziel ist superschnelles Internet mit mindestens

1 Gigabit/s in ganz Deutschland bis 2025. Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser werden prioritär in den Fokus der Förderung genommen. Damit sollen Kommunen und Landkreise Breitband-Fit gemacht werden (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Dossier/Breitbandausbau/topthema01-bundesfoerderprogramm-zum-breitbandausbau.html).

Der Bereitschaft des Bundes 11 Milliarden Euro an Förderungen auszugeben, steht der schleppende Ausbau entgegen. Damit Gigabit-Netze schneller verfügbar sind, müssen Planungen, Genehmigungen und Bau der Anlagen und Netze beschleunigt werden (www.vhu.de/fileadmin/vhu/pdf-Dokumente/pdf-Dokumente_Bereich_THEMEN/vhu_Inhalt_Wahlen_2020_Web.pdf?_=1587390218).

Aus Kostengründen setzen Telekommunikationsunternehmen oftmals auf die Aufrüstung von bestehenden Kupfer- oder Fernseekabeln statt auf zukunftsfähige Glasfaserleitungen. Durch diesen Umstand könnte es zu einer konterkarierenden Situation mit dem kommunalen Glasfaserausbau kommen. Förderungswürdig sind lediglich Kommunen, die unter der Aufgreifschwelle (unter 30 Mbit) liegen. Diese Aufgreifschwelle muss, nach Ansicht der Antragsteller, deutlich erhöht werden (www.zdf.de/nachrichten/politik/zoom-internet-breitband-glasfaser-datenstau-100.html).

Über das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau wurden seit 2015 nur lediglich 566 Millionen Euro ausgezahlt, dies entspricht etwa 6 Prozent der gesamten Fördersumme. So fordert auch der Vorstand des Bundesverbands Breitbandkommunikation eine Stärkung des schnellen privatwirtschaftlichen Ausbaus, indem Genehmigungsverfahren beschleunigt und weiter digitalisiert werden müssten. In diesem Zusammenhang wird auch eine Entbürokratisierung bei den Genehmigungsverfahren gefordert. Ein zu viel an Fördermittel könnte zu einer Preissteigerung im Glasfaserausbau führen. Eine zielgerichtete Bundesförderung könnte hier Abhilfe schaffen. Dies sei auch im Interesse der Netzbetreiber, die ebenfalls Verbesserungsbedarf beim Förderprogramm sehen (www.spiegel.de/netzwelt/web/breitbandausbau-in-deutschland-geld-allein-reicht-nicht-fuer-gigabit-a-7d751f98-df97-4640-ade6-d6199e1309e1).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

den Ausbau von Gigabit-Netzen zu beschleunigen und voranzutreiben und dabei folgende Punkte zwingend zu berücksichtigen:

- Entbürokratisierung und somit Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- Straffung und Verkürzung von Verfahrensschritten oder die Möglichkeit, vereinfachte Verfahren durchzuführen,
- Stärkung des schnellen privatwirtschaftlichen Ausbaus zu fördern, indem Genehmigungsverfahren beschleunigt und weiter digitalisiert werden, um somit Transparenz und Effizienz zu gewährleisten,
- die so genannte „Aufgreifschwelle“ von derzeit unter 30 Mbit pro Sekunde auf eine Internetgeschwindigkeit von unter 100 Mbit pro Sekunde zu heben,
- Breitbandverfügbarkeit an allen Gewerbestandorten zu verstärken und zu gewährleisten,
- Gewährleistung von schlanken, transparenten und nachvollziehbaren Regelungen vor allem für KMUs,
- alternative Verlegungsmethoden zu prüfen und voranzutreiben.

Berlin, den 6. November 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Gerade die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Neuerungen in unsrer Arbeits- und Unterrichtswelt haben gezeigt, dass Leistungsfähige Netze die Grundlage für wirtschaftliches Überleben ist. Gut ausgebaute und Hochleistungsfähige Netze sind daher auch die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche digitale Transformation. Ohne funktionierende Gigabit-Netze rücken 5G-Anwendungen und Schlagworte wie IoT in weite Ferne. Der von der Bundesregierung versprochene flächendeckende Ausbau von Gigabit-Netzen bis 2025 hinkt leider hinter anderen europäischen Ländern her.

Daher sind die Antragsteller überzeugt, dass die Rahmenbedingungen für TK-Unternehmen, Investoren und Dienstleister verbesserungswürdig sind. Optimierungspotenzial besteht, nach Ansicht der Antragsteller, bei der Verbesserung der Effizienz von Genehmigungsverfahren und beim Einsatz alternativer Verlegemethoden. Eine Planungsbeschleunigung beim Ausbau von Gigabit-Netzen scheint daher nicht nur zielführend, sondern auch unabdingbar, wenn Deutschland im internationalen Ranking aufholen möchte.

